

Kurzberichte aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit



Angola: Auf dem Weg vom militärischen zum politischen Frieden

Dr. Sabine Fandrych

August 2002

Die politischen Entwicklungen in Angola gehen seit dem Tod des Rebellenchefs Jonas Savimbi Ende Februar und der Unterzeichnung eines Waffenstillstandsabkommens Anfang April in einem rasanten Tempo voran. Das Abkommen, das formal eine Ergänzung zum noch gültigen Friedensvertrag von Bicesse (1991) und dem Protokoll von Lusaka (1994) darstellt garantiert eine Amnestie von Kriegsverbrechen und regelt die militärischen Aspekte des Friedensprozesses, wie die Umsetzung des Waffenstillstandes, die Truppenentflechtung, die Integration von ca. 5 000 UNITA-Soldaten in Armee und Polizei, die Einzelheiten der Kasernierung, Entmilitarisierung sowie die Demobilisierung und Reintegration der restlichen UNITA-Soldaten in das Zivilleben. Trotz geringer Verzögerungen sowie einer äußerst prekären Versorgungslage ist die sog. "militärische Phase" des Friedensprozesses am 2. August mit der offiziellen Auflösung der Militärverbände der UNITA abgeschlossen.

Die rasche Kriegsbeendigung

Nach dem Tod des Rebellenchefs der *União para a Independência Total de Angola* (UNITA) Jonas Savimbi am 22. Februar, wurde die Beendigung des angolanischen Bürgerkrieges, der über eine Millionen Kriegesopfer gefordert hat und mit kurzen Unterbrechungen seit 27 Jahren andauerte, Anfang April 2002 durch die **Unterzeichnung eines Waffenstillstandsabkommens** möglich. Bereits am 15. März war es zu offiziellen Gesprächen zwischen hochrangigen Militärs der beiden Armeen in der Provinz Moxico gekommen. Noch am selben Tag wurden Waffenstillstandsverhandlungen in der Provinzhauptstadt Luena angekündigt. Zuvor hatte die Regierung einen umfassenden **Friedensplan** bekannt gegeben, der eine einseitige Waffenruhe der *Forças Armadas Angolanas* (FAA) ab dem 14. März, eine Generalamnestie für Kriegsverbrechen, einen Plan zur umfassenden Eingliederung hoher Offiziere und Soldaten der UNITA, die Ernennung von UNITA-Politikern zu den vorgesehenen Posten in der Regierung der Versöhnung und nationalen Einheit sowie die Entwaffnung und Entminung in Aussicht stellte.

Obwohl das in Luena ausgehandelte Waffenstillstandsabkommen bilateral zwischen der Militärführung der UNITA-Rebellen und dem Generalstab der angolanischen Armee verhandelt worden war, wurde es am 4. April auch von den Vertretern der Vereinten Nationen und der sog. Troika-Staaten (USA, Russland, Portugal) unterzeichnet. An der **feierlichen Zeremonie** nahmen neben Präsident José Eduardo dos Santos auch der stellvertretende Generalsekretär der Vereinten Nationen (VN)

Ibrahim Gambari teil. Dieser hob in seiner Rede die Tatsache hervor, dass die Angolaner selbst zu einer friedlichen Lösung gefunden hatten und versprach die massive Unterstützung der Vereinten Nationen. Allerdings verwies er darauf, dass nun weitere wichtige Schritte zur vollen Umsetzung des Protokolls von Lusaka getan werden müssten, und dass die Vereinten Nationen eine Amnestie für Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht anerkennen könnten. Dieser Hinweis bezog sich auf das bereits am 2. April einstimmig vom Parlament verabschiedete **Amnestiegesetz**, das die Bewegungsfreiheit der UNITA-Militärs ermöglichte und alle Kriegsverbrechen und Verstöße gegen die Staatssicherheit rückwirkend unter Straffreiheit stellte, sofern sie innerhalb einer Frist von 45 Tagen bei den staatlichen Behörden gemeldet würden.

Die Umsetzung des Waffenstillstandsabkommens

Das ‚Zusatz-Memorandum‘ des Lusaka-Protokolls über die Verständigung hinsichtlich der Einstellung der Feindseligkeiten und zur Lösung der verbliebenen offenen militärischen Fragen im Rahmen des Lusaka-Protokolls‘ ist formal eine Ergänzung zum noch gültigen Friedensvertrag von Bicesse (1991) und dem Protokoll von Lusaka (1994). Es garantiert eine Amnestie von Kriegsverbrechen und regelt – in relativ vager Formulierung - die militärischen Aspekte, wie die Umsetzung des Waffenstillstandes, die Truppenentflechtung, die Integration von ca. 5 000 UNITA-Soldaten in Armee und Polizei, die Einzelheiten der Kasernierung, Entmilitarisierung sowie die Demobilisierung und Reintegration der restlichen UNITA-Soldaten in das Zivilleben. Darüber hinaus setzt es die Institutionen zur Überwachung ein und definiert einen ambitionierten Zeitplan von insgesamt 262 Tagen (ca. 9 Monaten) zur Umsetzung. Die Vereinten Nationen erhielten in den Überwachungskommissionen im Gegensatz zum Lusaka-Protokoll lediglich Beobachterstatus.

Mit der Umsetzung des Abkommens sollte bereits am 5. April, also einen Tag nach der Unterzeichnung, begonnen werden. Dabei war vorgesehen, dass die Troika-Staaten und die Vereinten Nationen für die militärische Phase insgesamt 50 Militärbeobachter entsenden sollten. Doch blieb die Beteiligung internationaler Militärbeobachter in der gesamten militärischen Phase extrem eingeschränkt. Aufgrund eines fehlenden Mandats des VN-Sicherheitsrates konnten die VN ihre Aufgaben auf militärischem Gebiet kaum wahrnehmen. Erst Ende Juni genehmigte der VN-Sicherheitsrat die Entsendung von 11 Militärbeobachtern für die Gemischte Militärische Kommission.

Trotz einiger Verzögerungen sowie einer vor allem anfangs extrem prekären Versorgungslage gingen die Kasernierung und Entwaffnung der UNITA-Kämpfer bis Ende Juli insgesamt zügig voran. Statt der geschätzten 50 000 strömten ca. 84 000 Kämpfer in insgesamt 36 Auffanglager, in deren unmittelbarer Nähe die ca. 240 000 Familienmitglieder in eigenen Arealen untergebracht wurden. Darüber hinaus wurden ca. 700 Kämpfer aus Ruanda und der Demokratischen Republik Kongo (DRK) interniert, die noch auf ihre Repatriierung warten. Die Verwaltung, Registrierung und Versorgung der Kämpfer und ihrer Angehörigen wurden anfangs ausschließlich unter dem Kommando und der Aufsicht der Regierungsarmee (*Forças Armadas Angolanas*, FAA) in Kooperation mit der Militärführung der UNITA abgewickelt. Dabei kam es aufgrund des großen Zulaufs, logistischer Schwierigkeiten und fehlender Vorräte sowie der teils extremen Unterernährung der UNITA-Kämpfer bald zu drastischen Engpässen in der Versorgung mit Lebensmitteln, trotz der Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln aus dem Staatshaushalt in Höhe von 60 Mio. USD. Nach Angaben der UNITA sollen zwischen Anfang April und Ende Juli 500 Menschen in den Lagern verhungert sein.

Verstärkt wurde die humanitäre Katastrophe durch Abstimmungsprobleme zwischen den Hilfsorganisationen der VN und der angolanischen Regierung. Nach öffentlich geäußerten gegenseitigen Vorwürfen von UNDP und dem Außenministerium kam es erst Ende Mai zu einer Übereinkunft, die die Versorgung der Familienlager durch das World Food Programme und andere Hilfsorganisationen ermöglichte. Anfang Juni entspann sich ein weiterer öffentlicher Schlagabtausch zwischen Vertretern der Hilfsorganisation ‚Ärzte ohne Grenzen‘ einerseits und dem Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA) sowie der angolanischen Regierung andererseits. Dabei unterstellte die NGO der Regierung Untätigkeit und den Vereinten Nationen eine ausufernde Bürokratie.

Die Zusammenziehung und Entwaffnung der UNITA-Truppen wurde Mitte Juli abgeschlossen. Die Beendigung der militärischen Phase, die mit der Demobilisierung von ca. 80 000 und der Integration von ca. 5000 Kämpfern in die Armee und Polizei am 20 Juli vollzogen werden sollte, wurde auf den 30. Juli verschoben. Die verantwortliche Leitung der Lager ging vom Militär auf eine von Innenminister Fernando Piedade Santos ‚Nandó‘ geleitete intersektorale Kommission über (*Comissão Nacional de Reintegração Social e Produtiva dos Desmobilizados e Deslocados, CNRPDD*). In den Provinzen wird der weitere Prozess der Demobilisierung nun von den jeweiligen Provinzgouverneuren koordiniert.

Die **Definition einer umfassenden Rolle für die Vereinten Nationen** im angolanischen Friedensprozess war Gegenstand verschiedener Besuche seitens des stellvertretenden VN-Generalsekretärs Ibrahim Gambari im April und Juni in Luanda. Mit der Verabschiedung eines veränderten Mandats für das seit 1999 bestehende *United Nations Office in Angola* (UNOA) bzw. für eine neue *United Nations Mission in Angola* (UNMA) durch den Sicherheitsrat ist aber erst Mitte August zu rechnen. Neben der Fortsetzung der massiven humanitären Hilfe wird erwartet, dass die VN ihren Vorsitz in der Gemeinsamen Kommission zur Überwachung des Friedensprozesses einnehmen werden, die im Lusaka-Protokoll vorgesehen ist. Darüber hinaus empfiehlt der VN-Generalsekretär Kofi Annan in seinem Bericht an den Sicherheitsrat vom 24. Juli die Entsendung von weiteren politischen und militärischen Beobachtern und die Aufstockung des Personals im Bereich der Menschenrechtsarbeit. Gerechnet wird auch mit einem Reintegrationsprogramm für Demobilisierte, das von der Weltbank koordiniert werden soll sowie mit technischer Hilfe bei der Räumung von Landminen. Schließlich sollen die VN die Mobilisierung von Ressourcen im Rahmen einer Geberkonferenz organisieren und für die kommenden Wahlen technische Unterstützung leisten.

Die schwierige Geburt einer vereinten UNITA

Die faktische Spaltung der UNITA in nunmehr zwei Flügel verzögerte die Diskussion über die Umsetzung der politischen Aspekte des Friedensabkommens, da die Regierung keinen politisch legitimierten Ansprechpartner hatte. Zwischen der 1998 von einer Gruppe führender UNITA-Politiker in Luanda gegründeten *UNITA renovada* unter dem ‚Parteivorsitzenden‘ Eugénio Manuvakola und der von der Militärführung der UNITA geschaffenen ‚geschäftsführenden Kommission‘ der – ehemals - militaristischen UNITA unter Leitung des Generalsekretärs Paulo Lukamba ‚Gato‘ begannen im Mai direkte Gespräche. Zuvor hatte die *UNITA renovada* ein sog. ‚Versöhnungskomitee‘ unter Führung von Tourismusminister Jorge Valentim eingesetzt. Trotzdem war eine Vereinigung der beiden Flügel lange nicht greifbar. Der Vorsitzende der *UNITA renovada*, Eugénio Manuvakola weigerte sich strikt, der ‚geschäftsführenden Kommission‘ beizutreten, um seinen Status als ‚Parteivorsitzender‘ nicht zu gefährden. Bei dieser Auseinandersetzung schien es vor

allem auch um den Zugriff zu den Ressourcen der Partei zu gehen. Noch Mitte Juni erhielt die ‚Renovada‘ aus dem Staatshaushalt mehrere Hundert Millionen USD ausbezahlt, was zu Empörung bei dem ‚radikalen‘ Flügel führte.

Angesichts dieser verfahrenen Situation begannen die Basisstrukturen der Partei in den Provinzen sowie die Jugend- und Frauenligen der UNITA im Juni damit, für Lukamba Gato Stellung zu beziehen und massiv die Vereinigung der beiden Flügel zu fordern. Mitte Juli wurden die Büroräume des Parteivorstands der ‚Renovada‘ durch UNITA-Anhänger besetzt, die für eine Vereinigung demonstrierten und sich von Manuvakola lossagten. Auch die UNITA-Fraktion im Parlament, die 70 Mandate innehat, schuf mittlerweile Fakten und wählte die noch von Manuvakola eingesetzte Fraktionsleitung ab. Am 24. Juli wurde stattdessen mit 49 Stimmen Jerónimo Wanga, der zum Parteiflügel von ‚Gato‘ zählt, zum neuen Fraktionschef gewählt. Am 30. Juli gab Manuvakola schließlich dem Druck der Basis nach und kündigte seinen Rücktritt sowie die sofortige Auflösung aller Strukturen der ‚Renovada‘ an. Mit diesem Schritt scheint der Weg frei für die Vereinigung der beiden Parteiflügel unter der - vorläufigen - Leitung von Lukamba Gato, und für die Aufnahme von Gesprächen mit der Regierung über die Umsetzung der politischen Komponenten des Lusaka-Protokolls. Gleichzeitig wird nun mit der baldigen Rückkehr wichtiger UNITA-Vertreter aus dem Ausland gerechnet. Bereits Mitte Juni führte Lukamba Gato im Rahmen seiner ersten Auslandsreise direkte Gespräche mit den Vertretern in Washington, Paris und Lissabon.

Eine für Juni angekündigte nationale Konferenz der UNITA wurde aufgrund dieser Querelen sowie fehlender finanzieller Mittel auf September verschoben. Die Konferenz soll alle Flügel der Partei sowie die Vertreter im Ausland zusammenführen, um den nächsten Parteitag vorzubereiten, der voraussichtlich im Frühjahr des nächsten Jahres stattfindet. Hier soll außerdem eine politische Kommission als geschäftsführender Parteivorstand eingesetzt werden, der bis zur Wahl eines neuen Parteivorstandes auf dem Parteitag im Amt bleiben soll.

Die MPLA und die Dilemmata der politischen Öffnung

Bereits auf der ZK-Sitzung im Mai kündigte das Politbüro der MPLA die Abhaltung einer großen Konferenz unter dem Motto ‚Angola: der Frieden und die Herausforderungen der Zukunft‘ an, die vom 27.-29.6. stattfand und große Beachtung in der Öffentlichkeit fand. Als besonders positives Zeichen wurde gewertet, dass zu der Veranstaltung neben ausgewählten Parteimitgliedern verschiedene Vertreter der Zivilgesellschaft sowie anderer Parteien eingeladen worden waren. Neben politischen Fragen, wie der Regierungsführung in den Provinzen, der Untätigkeit des obersten Gerichtshofes hinsichtlich der gerichtlichen Regelung von Spaltungstendenzen der Oppositionsparteien sowie der Rechtsstaatlichkeit wurden auch Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus diskutiert. Dagegen kamen andere wichtige Fragen, wie die der Korruption auf höchster Ebene bzw. die Intransparenz der Finanzflüsse im Ölsektor sowie des Staatsaufbaus (Dezentralisierung) laut Beobachtern kaum zur Sprache. Auffällig war außerdem die Abwesenheit des Staatspräsidenten sowie seines engeren Beraterkreises. Gegen Ende der Konferenz wurde von der MPLA ein neuer Regierungsstil die sog. ‚offene Regierungsführung‘ (*governança aberta*) angekündigt. Dabei sollen die Sitzungen des Kernkabinetts unter Leitung des Staatspräsidenten regelmäßig in verschiedenen Provinzen abgehalten werden, damit sich die Regierung ein genaueres Bild von der Situation auf lokaler Ebene machen kann. Angesichts der Tatsache, dass Präsident dos Santos einige Provinzen seit dem Wahlkampf im Jahr 1992 nicht mehr besucht hat, würde die *governança aberta* bei systematischer Umsetzung einer beachtlichen Öffnung gleichkommen.

Bereits Mitte Juli stattete das Kernkabinett der Provinz Malange einen Besuch ab. In einer öffentlichen Veranstaltung wurde vom anwesenden Publikum die Entlassung des Provinzgouverneurs Flávio Fernandes gefordert, der unter massivem Korruptionsverdacht steht und dessen Ablösung bereits seit geraumer Zeit von der privaten Presse gefordert wurde. Präsident dos Santos kündigte darauf hin dessen Absetzung an und schritt bereits am 15. Juli zu einer kleinen Regierungsumbildung, bei u.a. der Gouverneursposten neu besetzt wurde. Bemerkenswert war auch die gleichzeitige Entlassung des obersten Staatsanwalts Domingos Culolo, der sehr in die Kritik geraten war und auf einen Botschafterposten versetzt wurde. Außerdem enthob dos Santos den Innenminister Fernando Piedade Santos ‚Nando‘ seiner Funktion als nationaler Polizeichef, was manche Beobachter als Entlastung im Hinblick auf die Vorbereitung auf ‚höhere Ämter‘ werteten.

Obwohl die Nachfolgefrage dos Santos‘ weiterhin offen blieb, wurden diese und eine Reihe anderer Umbesetzungen sowie die *governação aberta* in den privaten Medien bereits als Vorbereitung auf den Wahlkampf gewertet. In diese Richtung deutet auch die Tatsache, dass Generalsekretär João Lourenço in den letzten Monaten fast alle der 18 Provinzen des Landes besucht hat. Andererseits zeigt der Besuch von dos Santos in Malange auch die ersten Schwierigkeiten einer ‚offenen Regierungsführung‘ im Kontext der teils intransparenten Regierungsführung in den Provinzen: ein Besuch in der Provinz Bengo, der für Ende Juli vorgesehen war, wurde von dos Santos kurzerhand abgesagt, nachdem bekannt wurde, dass auch dort die Bevölkerung die Absetzung des Gouverneurs fordern würde.

Was geschieht in der politischen Phase?

Über eine Agenda der sog. ‚politischen Phase‘ des Friedensprozesses, die nach Abschluss der ‚militärischen Phase‘ Anfang August beginnt, ist bislang kaum etwas an die Öffentlichkeit durchgedrungen. Dabei geht es vor allem um die Anpassung der Vorgaben des Lusaka-Protokolls bezüglich der ‚nationalen Versöhnung‘ (Anhang 6) an die heutige Situation. Hier waren u.a. der Zugang aller politischer Parteien zu den staatlichen Medien, die Unparteilichkeit der Polizei, die weitgehende Integration von UNITA-Mitgliedern in die staatliche Verwaltung und die Medien, die administrative Dekonzentration auf der Ebene der Provinzen, die politische Dezentralisierung auf lokaler Ebene, ein Sonderstatus für den Vorsitzenden der UNITA als Oppositionsführer sowie die Revision der staatlichen Symbole festgelegt worden. Weiterhin steht auch die Benennung von Mitglieder der UNITA zu Posten in der Regierung der Nationalen Einheit und Versöhnung aus. Neben der Reintegration der UNITA-Kämpfer in das Zivilleben stellt die Ausweitung der staatlichen Verwaltung auf das gesamte Territorium eine drängende Herausforderung dar.

Was die VN-Sanktionen gegen die UNITA angeht, wurde eine Übergangslösung gefunden. Während der Sicherheitsrat die Sanktionen im April um sechs Monate verlängerte, wurde das Reiseverbot für die Parteivertreter Mitte Mai vorläufig für 3 Monate suspendiert. Mit einer Aufhebung des Reiseverbots wird nach Abschluss der militärischen Phase gerechnet.

Drei zentrale Fragen des politischen Prozesses, die aufgrund der drängenden militärischen und humanitären Fragen zunächst in den Hintergrund gerieten, auf die aber in unmittelbarer Zukunft Antworten gefunden werden müssen, betreffen die **Verfassungsreform**, die **Wahlen** und die **Einrichtung der Kommunalen Selbstverwaltung**. Bis Mitte des Jahres war der parlamentarische Verfassungsausschuss, der nun bereits seit fast vier Jahren tagt, noch zu keiner Lösung für die noch offene Frage des Regierungssystems gekommen. Die Vertagung der Ausschusssitzung *sine die* auf Antrag der UNITA deutet darauf hin, dass die

größte Oppositionspartei vorhaben könnte, wichtige politische Fragen eventuell zum Gegenstand von bilateralen Verhandlungen in der politischen Phase des Friedensprozesses zu machen bzw. die bereits mit der MPLA gefundenen Kompromisse nach Vereinigung der verschiedenen Parteiflügel zu überdenken. Dabei könnte auch das für die ‚radikale‘ UNITA zentrale Anliegen der Wahl der Provinzgouverneure erneut auf den Tisch kommen.

Während seiner 6. ordentlichen Sitzung gab das Zentralkomitee der MPLA Mitte Mai bekannt, dass die **Abhaltung von Parlaments- und Präsidentschaftswahlen** für das Jahr 2004 anvisiert werde. Dieser Vorschlag wurde zwar von vielen Oppositionsvertretern begrüßt, doch muss das Lusaka-Protokoll, das noch die Abhaltung der ausstehenden Stichwahl aus dem Jahr 1992 vorsieht, dahingehend geändert werden. Trotz der Intention des MPLA-ZK wurde ein festes Wahldatum vom Staatspräsidenten noch nicht festgelegt. Inzwischen stellte eine Gruppe US-amerikanischer Institutionen einen viel beachteten Bericht über die Bedingungen zur Abhaltung von Wahlen in Angola vor. Dem Bericht zufolge ist die Ausgestaltung des politischen Systems durch die Verabschiedung der Verfassungsreform und die Revision des Wahlgesetzes unabdingbare Voraussetzung für die Abhaltung der Wahlen. Unerlässlich sei zudem die Registrierung und Ausstellung von Personalausweisen für ca. ein Drittel der Bevölkerung vor Erstellung eines Wahlregisters, die Einsetzung einer unabhängigen Wahlkommission sowie die Verbesserung der Grundrechte außerhalb Luandas, insbesondere was den Wahlkampf und die Medienfreiheit angeht.

Bereits Anfang des Jahres war vom Kabinett eine **Dezentralisierungs- und Dekonzentrationsstrategie** verabschiedet worden. Das zuständige Ministerium für Territorialverwaltung veranstaltete kurz darauf eine größere Konferenz zu dem Thema, an der neben Abgeordneten auch die Provinzgouverneure und einige zivilgesellschaftliche Organisationen geladen waren. Ein umfangreiches Gesetzespaket befindet sich aber noch in Arbeit und wurde dem Parlament noch nicht zur Diskussion vorgelegt.

Der Anfang April entstandene Eindruck, der Friedensprozess werde in exklusiven bilateralen Foren von den Militärspitzen der beiden ehemaligen Kriegsparteien bestimmt, relativierte sich ab Mitte Mai, nachdem das Waffenstillstandsabkommen dem Parlament offiziell zur Diskussion und Verabschiedung vorgelegt wurde und damit Gesetzesstatus erlangte. Die Parteien der sog. ‚zivilen Opposition‘ (*Partidos da Oposição Civil, POC*), ein loser Zusammenschluss vierzehn kleinerer Parteien, kamen Ende Mai zu einem dreitägigen Strategietreffen zusammen, um die einzelnen Komponenten des Friedensprozesses zu analysieren. In ihrem Abschlusskommuniqué forderten sie die Erarbeitung eines Wahlkalenders, den Abzug angolanscher Truppen aus den beiden Kongos, einen breiten und inklusiven Verfassungsreformprozess ‚ohne Manöver der MPLA‘, die Konfliktbeendigung in der Provinz Cabinda, die Entwaffnung der Zivilbevölkerung, die Revision des Landrechts und die Modernisierung des Bildungswesens.

Auch die im Friedensnetzwerk zusammengeschlossenen Organisationen der **angolanischen Zivilgesellschaft** trafen sich Ende Mai unter Vorsitz des Sacharow-Preisträgers, Erzbischof Kamuenho zu einem Klausurworkshop und erarbeiteten Empfehlungen für den Friedensprozess. Dabei wurde die Schaffung von gesellschaftlichen Konsultationsmechanismen auf allen Ebenen zur Beratung der politischen und sozialen Aspekte des Versöhnungsprozesses gefordert. Die offenen politischen Fragen müssten im Rahmen einer klar definierten Transitionsphase geklärt werden. Die seit 1997 bestehende Regierung der Nationalen Einheit und

Versöhnung solle zu einem ‚echten Instrument der nationalen Versöhnung‘ umgewandelt werden, in dem alle Parteien bis zu den Wahlen auch an der Programmdiskussion beteiligt würden. Bezüglich der Erarbeitung der zukünftigen Verfassung wurde eine umfassende gesellschaftliche Diskussion gefordert, die über eine reine Verhandlung zwischen Parteien hinausgehen und zu einem breiten Konsens führen müsse. Darüber hinaus wird gefordert, dass die ersten Kommunalwahlen vor den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen stattfinden sollten, um die Demokratisierung ‚von unten‘ zu befördern. Mitte Juni reiste der Exekutivsekretär des ökumenischen Komitees der Kirchen für den Frieden in Angola (COIEPA), Daniel Ntoni-Nzinga neben Lukamba Gato und Vizeaußenminister Chikoty zu einer Anhörung des Unterausschuss für Afrika des amerikanischen Kongresses zu Angola nach Washington und trug dort die Empfehlungen der Zivilgesellschaft vor.

Zwischen Intransparenz und Wiederaufbau

Der Staatshaushalt für das Jahr 2002 wurde im Juli vor allem aufgrund des zusätzlichen Bedarfs an humanitärer Hilfe den veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Ohne Gegenstimmen verabschiedete das Parlament einen Nachtragshaushalt in Höhe von 60 Mio. USD. Bereits kurz nach Unterzeichnung des Waffenstillstands kündigte die Regierung ein umfassendes Straßenbauprogramm an. Im Zuge dieses Programms sollen über 7 000 km Primär- und Sekundärstraßen wiederhergestellt werden.

Mitte Juli wurde ein mehrstufiges Wiederansiedlungsprogramm für kriegsbedingt Vertriebene sowie die Familien der UNITA-Kämpfer von der Regierung angekündigt. Das Programm in Höhe von 90 Mio. USD soll in einer ersten Phase 550 000 Personen zugute kommen und mit den internationalen Hilfsorganisationen gemeinsam umgesetzt werden. In einer zweiten Phase sollen 1 Mio. Menschen von diesem Programm profitieren. Bereits im Mai hatte ein Team der Weltbank Angola besucht und ein Kreditprogramm in Höhe von 350 Mio. USD in Aussicht gestellt. Im selben Monat stellte die Europäische Union 125 Mio. Euro für Nothilfe, Ernährungssicherheit, Vertriebene und Entminung bereit. Eine große Geberkonferenz für den Wiederaufbau des Landes wird voraussichtlich im Herbst stattfinden.

Ein grundsätzliches Problem stellt jedoch nach wie vor die Intransparenz bei der Deklaration öffentlicher Einnahmen aus dem Ölsektor dar. Aufgrund dieser Intransparenz ist auch die durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) vorgenommene Evaluierung der Implementierung des *Staff Monitored Programs* (SMP) im Februar negativ ausgefallen. Damit ist de facto das SMP suspendiert worden. Mit einer Wiederaufnahme des Programms ist vor 2003 nicht zu rechnen.

Einem im Mai von der NGO Global Witness (GW) veröffentlichten Bericht ‚*All the president's men*‘ zufolge schöpften angolansische Regierungsmitglieder über undurchsichtige Waffengeschäfte jahrelang erhebliche Renten ab. Die Regierung dementierte in verschiedenen Kommuniqués diese Vorwürfe und warf GW vor, Agent internationaler Firmen zu sein, die erfolglos versucht hätten in Angola Geschäfte zu machen. Auf Antrag der MPLA fand zu dem sog. ‚Angolagate‘-Skandal im Juni eine Anhörung im Parlament statt, die von der Opposition als ‚Kosmetik‘ kritisiert und boykottiert wurde, da laut geltender parlamentarischer Geschäftsordnung nur die antragstellende Fraktion ein Fragerecht hat. In der Anhörung gaben Regierungsmitglieder zu, dass öffentliche Gelder für den Kauf von Waffen über Privatkonten kanalisiert worden seien, dies sei jedoch zum Wohle der nationalen Souveränität geschehen.

Die humanitäre Katastrophe

Abgesehen von den offenen politischen Fragen stellen sich durch das plötzliche Kriegsende ungeheure sozioökonomische Herausforderungen. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen sind von den insgesamt ca. 4 Mio. Vertriebenen die Hälfte Kinder. 60% der Kinder des Landes im schulfähigen Alter besuchen keine Schule. Zusätzlich gibt es ca. 450 000 Flüchtlinge in den Nachbarländern, von denen bereits 10 000 spontan nach Angola zurückgekehrt sind. Darüber hinaus müssen nunmehr ca. 84 000 UNITA-Soldaten und ihre 240 000 Angehörigen versorgt, ausgebildet, rückgesiedelt bzw. in das Zivilleben und den Arbeitsmarkt integriert werden. Derzeit führen in Angola 100 internationale Hilfsorganisationen, 340 nationale Organisationen und zehn Agenturen der Vereinten Nationen humanitäre Aktionen in 17 der 18 Provinzen des Landes durch. Trotzdem hat sich die humanitäre Situation in den letzten Monaten zunächst verschlechtert, da die Hilfsorganisationen nun angesichts des Waffenstillstands zu weit mehr Vertriebenen Zugang erhalten haben, als unter der prekären Sicherheitssituation des Krieges, wo nur ca. 1,4 Mio. versorgt werden konnten. Nach Angaben von OCHA strömen monatlich ca. 30 000 Menschen in die Auffanglager und müssen zusätzlich versorgt werden. Dabei geht es nicht mehr um unmittelbar kriegsbedingte Migration, sondern um die Flucht vor dem Hunger.

Gleichzeitig ist aber die Deckung des Bedarfs durch die Geberländern noch eher zögerlich. Zusätzlich zu dem im November des Vorjahres vom OCHA lancierten Appell der VN-Hilfsorganisationen in Höhe von 233 Mio. USD für 2002, wurde im Juni ein Mehrbedarf von 141 Mio. USD angemeldet. Dabei sind bislang nur 20% der Mittel von den Geberländern finanziert worden. Das *World Food Programme* kann nach derzeitigem Stand die Lebensmittelversorgung nur bis Dezember garantieren.

Vom politischen zum sozialen Frieden?

Der Frieden in Angola im Sinne von ‚Abwesenheit von Krieg‘ kann als irreversibel gelten. Das mag nach drei Monaten Friedensprozess zwar als eine gewagte Aussage erscheinen, doch deutet alles darauf hin, dass die UNITA nicht mehr zum Krieg zurückkehren wird. Darüber hinaus ist durch den jüngsten Frieden in der Demokratischen Republik Kongo (DRK) die Erwartung entstanden, dass die gesamte Region zu einem dauerhaften Frieden finden könnte. Es steht außerdem zu hoffen, dass Angola durch die Übernahme des Vorsitzes der SADC im September mehr Engagement zeigt, um sich konstruktiv in der Region des südlichen Afrika einzubringen.

Ein Versöhnungsprozess und die Konsolidierung des Friedens ist jedoch ohne die Schaffung von konkreten (Über-)Lebensperspektiven für die breite Bevölkerung nicht möglich. Daher ist neben der Suche nach einem politischen Grundkonsens auch ein konsequent transparenter Umgang mit öffentlichen Einnahmen - verbunden mit einer sozial engagierten Prioritätensetzung bei den öffentlichen Ausgaben - gefragt. Die nächsten Monate werden nicht nur zeigen, ob der Wille zur Verständigung zwischen den politischen Hauptakteuren vorhanden ist, sondern auch, ob es gelingt mit dem Wiederaufbau die Weichen für eine ausgeglichene Entwicklung zu stellen. Andernfalls könnte Angola auf ein Szenario sozialer Instabilität und generalisierter Kriminalität zusteuern und damit erneut zum entwicklungshemmenden Krisenherd werden. Darüber hinaus bestehen in der an Erdöl reichen Enklavenprovinz Cabinda nach wie vor stark separatistische Tendenzen. Dieser schwelende Konflikt der von der *Frente de Libertação da Enclave de Cabinda* (FLEC) und verschiedenen Splittergruppen geschürt wird, findet nach der erfolgreichen Kriegsbeendigung nun zunehmend Beachtung in der angolanischen Öffentlichkeit.

Zur Autorin:

Dr. Sabine Fandrych leitet seit September 2000 das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Luanda/Angola

